

**Antrag I-03**  
**SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg**  
**Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt**

**Systematische Menschenrechtsverbrechen in den Internierungslagern in China beenden**

1 1.  
 2 Das Auswärtige Amt soll umgehend chinesischen  
 3 Funktionären, die in unmittelbarem Zusammen-  
 4 hang mit den Lagern stehen, die Einreise in die Bun-  
 5 desrepublik Deutschland verbieten. Deutschen Fir-  
 6 men wird zudem verboten, mit diesen Personen Ge-  
 7 schäfte zu machen. Sofern in Deutschland vorhan-  
 8 den, werden Privatbesitz und Konten dieser Funktio-  
 9 näre beschlagnahmt. Zu dem Personenkreis gehö-  
 10 ren mindestens:  
 11 • Chen Quanguo, Sekretär der Kommunisti-  
 12 schen Partei in Xinjiang und Mitglied des Po-  
 13 litbüros,  
 14 • Zhu Hailun, ehemaliger stellv. Sekretär der  
 15 Kommunistischen Partei in Xinjiang,  
 16 • Wang Mingshan, Direktor und Sekretär des  
 17 Büros für Öffentliche Sicherheit der Kommu-  
 18 nistischen Partei in Xinjiang,  
 19 • Huo Liu jun, ehemaliger Sekretär des Büros für  
 20 Öffentliche Sicherheit der Kommunistischen  
 21 Partei in Xinjiang.  
 22 2.  
 23 Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutsch-  
 24 land erklärt mit sofortiger Wirkung den chinesi-  
 25 schen Botschafter S.E. Ken Wu zu einer unerwünsch-  
 26 ten Person in Deutschland. China wird damit signa-  
 27 lisiert, dass ihre menschenverachtende Politik weit-  
 28 reichende Konsequenzen für die bilateralen Bezie-  
 29 hungen hat.  
 30 3.  
 31 Die Einfuhr und Verarbeitung von sowie der Han-  
 32 del mit Produkten, die signifikante Bestandteile von  
 33 Baumwolle aus China enthalten, wird in Deutsch-  
 34 land verboten. Die Einfuhr und Verarbeitung von so-  
 35 wie der Handel mit Produkten aus Xinjiang wird in  
 36 Deutschland verboten. Der Grund: In beiden Fällen  
 37 ist es nicht auszuschließen, dass Zwangsarbeiter\*in-  
 38 nen in der Lieferkette in China beschäftigt wurden.  
 39  
 40 **Begründung**  
 41 Seit mindestens 2017 werden ethnische Minderhei-  
 42 ten in der chinesischen Provinz Xinjiang systema-  
 43 tisch und massenhaft verhaftet und in Lager ge-

Erledigt durch Zeitablauf

44 steckt. Die Gründe für die Verhaftungen sind völ-  
45 lig willkürlich: Lange Bärte, Ablehnung von Alkohol,  
46 Beantragung eines Reisepasses, Surfen im Internet  
47 oder Anzeichen von "religiösem Extremismus". In  
48 den angeblichen "Umerziehungslagern" werden die  
49 Inhaftierten gefoltert, sterilisiert und vergewaltigt.  
50 Im letzten Jahr hat die chinesische Regierung die La-  
51 ger zunehmend in Arbeitslager verwandelt, und Ge-  
52 fangene gezwungen Baumwoll- und Textilprodukte  
53 herzustellen.

54 Diese Willkür trifft Muslime, Uiguren, Kasachen und  
55 Kirgisen, die in China leben, und wird der Öffent-  
56 lichkeit als angeblicher "Kampf gegen den Terroris-  
57 mus" verkauft. Tatsächlich handelt es sich um Inter-  
58 nierungslager und einen kulturellen Genozid. Unab-  
59 hängige Experten gingen 2019 von 900.000 bis 1,8  
60 Millionen Menschen in 1300 Internierungslagern in  
61 Xinjiang aus. Auch Uiguren, die im Ausland leben,  
62 werden inzwischen von China verfolgt.

63 Diese Fakten werden durch Augenzeugenberichte ,  
64 unabhängige Medien, Menschenrechtsbeobachter ,  
65 veröffentlichte interne Dokumente der chinesischen  
66 Regierung und die Arbeit von US-amerikanischen  
67 und EU-Parlamentsausschüssen bestätigt. Es be-  
68 steht also kein Zweifel an den systematischen Men-  
69 schenrechtsverletzungen.

70 Enttäuschend sind dagegen die bisherigen Reaktio-  
71 nen der deutschen Bundesregierung, der EU und der  
72 Vereinten Nationen. Das Europäische Parlament hat  
73 mit einer Erklärung im Dezember 2019 nur die Fak-  
74 tenlage anerkannt aber praktisch nichts verbessert.  
75 Auch die Bundesregierung hat es bisher nicht wei-  
76 tergebracht als die Lager als "Umerziehungslager"  
77 zu bezeichnen. Sie beschönigt damit die Gewaltver-  
78 brechen und Zwangsarbeit.

79 Das deutsche Außenministerium forderte zwar zu-  
80 letzt eine unabhängige UN-Beobachtungsmission  
81 in Xinjiang, doch das ist ungefähr so als würden wir  
82 Pinguine mit der Klimaforschung beauftragen: Wir  
83 tun, als kennen wir die Fakten nicht - trotz oben ge-  
84 nannter zuverlässiger Datenlage. Wir tun, als hätten  
85 wir selbst keine Handlungsoptionen - trotz oben ge-  
86 nannter Sanktionsmöglichkeiten und vorbildlicher,  
87 erster Schritte der USA. Und drittens, wir schieben  
88 die Verantwortung auf eine Institution, die über-  
89 haupt nichts tun kann, denn die Vereinten Natio-  
90 nen (UN) sind aufgrund der zahlreichen Verbünde-  
91 ten Chinas faktisch handlungsunfähig. Das weckt  
92 bittere Erinnerungen an den Vorgänger der UN, den

93 Völkerbund, am Vorabend des zweiten Weltkriegs.  
94 Verantwortung von sich schieben, zögerlich agie-  
95 ren und systematische Menschenrechtsverbrechen  
96 jahrelang ungestraft lassen, hat in der Geschichte  
97 zu Völkermord und Krieg geführt. Gerade wir Deut-  
98 schen sollten uns dieser historischen Verantwor-  
99 tung bewusst sein und rechtzeitig handeln. “Histori-  
100 sche Verantwortung”, “Fluchtursachen bekämpfen”,  
101 “Zwangsarbeit verbieten” bleiben luftleere Phrasen,  
102 wenn wir jetzt nicht entschlossen vorgehen.